gegenwärtig nicht so groß, so daß wir Militäranwärter nur in geringerer Zahl annehmen können; um diesem Uebelstand abzuhelfen, nehmen wir Militäranwärter auch diätarisch an. Ueber den vom Abg. Kulerski vorgebrachten und schon in der Kommission erwähnten Fall der Entlassung eines Landbriefträgers wegen polnischer Stimmabgabe habe ich inzwischen den Bericht bekommen. Danach verhält sich die Sache etwas anders. Nach dem Bericht waren bei der Reichstagsstichwahl in dem betreffenden Orte für den deutschen Kandidaten 18 Stimmen abgegeben. Der Lehrer geriet in Verdacht, für den polnischen Kandidaten gestimmt zu haben. Es war nur möglich, daß die polnische Stimme von dem Lehrer oder von dem Landbriefträger Schalski abgegeben war. Schalski hatte gesagt, daß er den deutschen Kandidaten gewählt hätte; als nun in einer Zeitung dem Lehrer die polnische Stimmabgabe vorgeworfen wurde, strengte dieser das Verfahren wegen Beleidigung vor Gericht an, und dort wurde durch das eigene Zeugnis des Landbriefträgers Schalski festgestellt, daß dieser selbst die polnische Stimme abgegeben hatte. Die Oberpostdirektion stellte dem Schalski sein unehrenhaftes Verhalten gegen den Lehrer vor. Schalski räumte es ein und hat mit Rücksicht auf sein hohes Alter und seine Gebrechlichkeit um seine Versetzung in den Ruhestand. Schalski ist 71 Jahre alt und nach dem ärztlichen Zeugnis seinem Beruf nicht mehr gewachsen, es wird also seinem Antrage entsprochen werden.

Abg. Dr. **Struve** (Frs. Vgg.): Der Rückgang des wirtschaftlichen Verkehrs hat natürlich auch auf die Einnahmen der Postverwaltung zurückgewirkt. Daß die Aufhebung des Ausnahmetarifs für den Orts- und Nahverkehr nicht etwa zur Erhöhung der Einnahme, sondern vielmehr zu deren Abnahme geführt hat, hat auch die unverdächtige Deutsche Tageszeitung anerkannt, ebenso daß auch die Fahrkartensteuer denselben Effekt gehabt hat. Es ist mir erfreulich, einen Sünder zu sehen, der Buße tut. Leider ist es die Postverwaltung, die willfährig den Wünschen des Reichstags in dieser Richtung entsprochen hat. Die Verhältnisse in Württemberg könnten unserer Verwaltung zum Muster dienen. An den Schaltern sitzen allerdings keine so schön uniformierten Beamten wie bei uns, dafür ist aber das Porto wesentlich billiger als bei uns. Wenn es wahr sein sollte, daß die für die Unterbeamten in Aussicht genommene Gehaltserhöhung des Anfangsgehalts nur 10 pCt. betragen soll, so könnten wir uns damit in keiner Weise zufrieden geben. (Sehr richtig! links.) Vielleicht teilt uns der Staatssekretär mit, welches Ergebnis die Ermittlungen darüber gehabt haben, inwieweit die Unterbeamten in die Stellungen der mittleren Beamten einrücken können. Anscheinend sind gewisse amtliche Funktionen von der Bewertung als gehobene Stellen ausgeschlossen worden, so die der Geldbesteller, nach unserer Meinung mit Unrecht. Dankbar anerkennen wir, daß gehobene Stellen für Leitungsaufseher geschaffen werden sollen. Sehr berechtigt sind immer noch die Klagen über Nichtanrechnung der Militärdienstzeit; es müßte doch endlich etwas geschehen, um der offenbaren Ungerechtigkeit ein Ende zu machen, daß das Jahr 1895 hier eine ganz unverständliche Grenze zog. Ein Angestellter kann auf diese Weise im Laufe der Jahre im Vergleich zu einem anderen Angestellten, der mit ihm an demselben Tage in den Dienst trat, um Tausende geschädigt werden. Es liegt ja nun vielfach der Grund für solche Ungerechtigkeiten nicht in dem mangelnden sozialen Verständnis der obersten Spitzen der Verwaltung, sondern in dem leidigen Umstande, daß solche Reformen mit Geldkosten verknüpft sind. — Eine allmähliche Herabsetzung der Dienststundenzahl muß im Interesse der Gesundheit und Leistungsfähigkeit der Beamten befürwortet werden. Die Briefträger in den großen Städten haben einen besonders schweren Dienst; man sollte für sie eine Leistungsgrenze und die Trennung des Briefsendungs- und des Drucksachenverkehrs in Erwägung nehmen. Auf dem Lande befinden sich die Postbeförderer in übler Lage. Die Erhöhung des Futtergeldes entspricht nicht entfernt den seit dem neuen Zolltarif eingetretenen bedeutenden Preissteigerungen, so daß sie den Pferden vom Futter abziehen müssen. Daher sehen denn die Landbriefträgerpferde heute auch fast alle jämmerlich aus. Die Tagegelder der Postboten könnten durch Wegfall des gänzlich überflüssigen Probejahres aufgebessert werden. Der Postverwaltung sollte doch auch nur angenehm sein, wenn die Beamten mit Reinigungsarbeiten, Straßenkehren usw. nicht beschäftigt werden sollen; diese Arbeiten könnten doch durch Frauen besorgt werden. — Wenn die Unterbeamten den Beschwerdeweg beschreiten, sollte man nicht immer gegen sie vorgehen, sondern auch den Vorgesetzten ab und zu einmal zeigen, daß man Gerechtigkeit zu üben gewillt ist. Es ist doch ferner kein erwünschter Zustand, wenn eine Dame als Fernsprechgehülfin nicht angenommen wird, weil ihr Vater in demselben Orte Postunterbeamter ist. In Hildesheim wurde einem Lehrer von dem Regierungspräsidenten verboten, Postunterbeamten Unterricht zu erteilen. Es sollte eine Postfachschule ins Leben gerufen werden. — Die materielle Unterstützung der Erholungsheime für die Beamten begrüßen wir mit Freude als ein sehr nachahmenswertes Beispiel. Die Wünsche der Telegraphenarbeiter, die sich in einem Bunde zusammengetan haben, müssen wir fast durchweg als berechtigt anerkennen. Mit dem veralteten System der Vertrauensärzte sollte die Postverwaltung endlich brechen. Ich habe einen sehr berechtigten Zweifel, ob nach den Vorkommnissen des letzten Jahres und nach den Erklärungen des Staatssekretärs in diesen Kreisen noch erhebliche Neigung besteht, weiter in ein Verhältnis zur hohen Postverwaltung zu treten. In dem bekannten Falle des Wiesbadener Vertrauensarztes Schellenberg können wir das Verhalten des Staatssekretärs nur auf das allerschärfste verurteilen. Der Staatssekretär hat ja selbst mitgeteilt, daß die Sache nur durch die Schwatzhaftigkeit einer Kellnerin in die Oeffentlichkeit kam. Er sagte anderseits, die Stimmabgabe sei nicht die Ursache der Maßregelung. Wenn er so genau unterrichtet war, wird er auch wissen, daß die Oberpostdirektion in Frankfurt dem Dr. Schellenberg in dürren Worten eröffnet hat, daß seine Stimmabgabe der Grund der Lösung des Verhältnisses ist. Herr Schellenberg hat seinen Kollegen am Biertisch mitgeteilt, daß er den Sozialdemokraten als das kleinere Uebel gewählt hätte. Diese Aeußerung hört eine Kellnerin, teilt sie dem nationalen Stammtisch mit, an dem auch ein Postrat a. D. sitzt, der die Sache weiter nach Wiesbaden und Frankfurt meldete. Zuerst wurde ein Einschreiten abgelehnt; dann aber kam ein Abgesandter der Oberpostdirektion zu ihm, um von ihm Auskunft über seine Stimmabgabe zu fordern. Diese lehnte er ab, worauf der Abgesandte seinen amtlichen Auftrag für erledigt erklärte. In privater Unterhaltung mit seinem nunmehrigen Gaste teilte diesem Dr. Schellenberg mit, wen er gewählt hätte. Wenige Wochen darauf bekam er seine Kündigung. (Hört, hört!) Man versuchte nachher, ihn auch wirtschaftlich zu schädigen, und die Norddeutsche Allgemeine Zeitung mußte ein längeres Exposé bringen, worin Dr. Schellenberg als Parteigänger der Sozialdemokratie charakterisiert wurde. Dem Postrat wurde in der Unterredung gesagt, es sei kein Sozialdemokrat, sondern ein liberaler Mann und habe nur in der Stichwahl für einen Sozialdemokraten gestimmt nach der bekannten Mahnung: Der Fürst wünscht Sabor. Der Staatssekretär hat gesagt, daß von ihm kein Wort über die Sache in die Zeitung gekommen sei; ich will ihm das aufs Wort glauben. Herr Dr. Schellenberg hat jedenfalls darüber nichts in die Zeitung gebracht, es ist dann ein direkter Feststellungsfeldzug inszeniert worden; ich werde in der nächsten Woche noch darauf zurückkommen. Der Staatssekretär hat offen gesagt, er würde in einem analogen Falle ebenso handeln. Ich muß dagegen protestieren, daß dies eine Richtschnur für die Zukunft sein soll. Selbst wenn Herr Dr. Schellenberg ein Beamter wäre, so könnten wir es uns nicht bieten lassen, daß er in der Weise gemaßregelt würde, weil er sein Stimmrecht ausgeübt hat. Sogar Fürst Bismarck hat deutlich genug gesagt, daß er die Freiheit der Wahl der Beamten nicht antasten wolle; ebenso sprach sich Minister v. Puttkamer aus, das war 1882, und nun leben wir in einer liberalen Aera! (Stürmische Heiterkeit im Zentrum.) Es ist wirklich schwer, satiram non scribere. Es handelt sich darum, Leute, die sich für wenig Geld in den Dienst der Verwaltung stellen, in eine geistige Knechtschaft zu zwingen. Es ist sehr gut, daß die Aerzte allen Lockungen gegenüber fest geblieben sind. Die Aerztekammer in Leipzig ist von verschiedenen amtlichen Stellen gefragt worden, ob sie nicht auch zu der Sache Stellung nehmen könnte. Sie hat erklärt, keinen Grund zu haben, auf die Sache zurückzukommen. (Beifall im Zentrum.) Wir Aerzte wollen uns eine geistige Knebelung nicht gefallen lassen. Es handelt sich nicht um Sozialdemokratie oder nicht, sondern um ein einfaches staatsbürgerliches Recht der Stimmabgabe. Aerzte aus allen Parteirichtungen haben einmütig für Schellenberg Partei ergriffen. In Kiel ist ein ähnlicher Fall passiert wie in Wiesbaden, dort ist dem Telegraphensekretär Schwarz, der als Stadtverordneter gewählt werden sollte, durch seinen Oberpostdirektor Lauenstein mitgeteilt worden, daß ihm nicht die Erlaubnis erteilt werden könne, als Stadtverordneter zu kandidieren. Der Postdirektor hat seine Befugnisse überschritten, es steht ihm überhaupt nicht zu, einem Telegraphensekretär das zu verbieten. Wir haben mit den Sozialdemokraten in Kiel einen schweren Kampf zu kämpfen, und nun beteiligten sich infolge des Uebergriffs des Oberpostdirektors weniger Postbeamte an der Wahl, und infolgedessen wurden statt 5 bürgerlicher 5 sozialdemokratische Stadtverordnete in Kiel gewählt. Das wird doch auch der Postverwaltung wohl nicht angenehm sein. (Beifall links.)

Staatssekretär **Kraetke**: Ich muß ganz entschieden dagegen protestieren, daß Herr Dr. Schellenberg gemaßregelt worden ist. (Lachen links, große Unruhe.) Ich sehe darin gar keine Maßregelung, sondern stehe auf dem Standpunkt, daß, wenn man ein Amt übernimmt, man auch gewisse Rücksichten zu nehmen hat. In meinem Stenogramm kann der Vorredner finden, daß ich ausdrücklich gesagt habe, daß es mir leid tut, daß die Aeußerung des Herrn Dr. Schellenberg in die Oeffentlichkeit gekommen ist. Das Vorgehen der Postverwaltung ist nicht wegen seiner Wahl erfolgt, sondern weil in den Kreisen der Postbeamten das Gerücht verbreitet gewesen ist, daß Herr Dr. Schellenberg sozialdemokratisch gewählt habe. Ich kann nicht jedem Beamten und jedem Unterbeamten sagen, daß Herr Dr. Schellenberg zwar sozialdemokratisch gewählt hat, daß er aber kein Sozialdemokrat ist, und daß gar kein Makel an dem Mann ist. Jeder hat das Recht, vollständig frei zu stimmen, es ist geheime Wahl, kein Mensch hat sich darum gekümmert; wenn aber Dr. Schellenberg so unvorsichtig ist und darüber spricht, und wenn das in die Kreise der Postunterbeamten dringt (Zwischenrufe bei den Sozialdemokraten), von denen ich nicht dulde, daß sie der Sozialdemokratie angehören (Sehr wahr! rechts, Unruhe links), so können Irrungen unter den Unterbeamten entstehen, und sie können sagen: warum ist es den Höhergestellten gestattet, zu tun, was sie wollen, warum dürfen sie sozialdemokratisch wählen, während von uns das der Chef nicht duldet? (Fortgesetzte Unruhe und Zwischenrufe links.) Ich habe ausdrücklich mein Bedauern ausgesprochen, daß dem Dr. Schellenberg dieses Pech passiert ist. Es ist unrecht, wenn Herr Dr. Struve jetzt die Sache umdreht und so schildert, als wenn wir Dr. Schellenberg für einen Sozialdemokraten gehalten hätten. (Zwischenruf links: Das ist ja gleichgültig!) Ja, Ihnen ist das gleichgültig, aber mir nicht. (Wiederholte heftige Zwischenrufe links und große Unruhe links.) Ich habe Zeit. (Glocke des Präsidenten.) Weiter muß ich nochmals betonen, daß von meiner Seite oder von Seite der Postverwaltung keine Zeile in irgend eine Zeitung gekommen ist. Herr Dr. Struve sagt, er müsse mir das glauben; ich möchte das auch energisch in Anspruch nehmen und Sie bitten, zu glauben, daß auch von der Postverwaltung nichts in die Zeitung gekommen ist. Ich bin aber nicht in der Lage, zu sagen, wer den Artikel in der Zeitung geschrieben hat.

Abg. **Eickhoff** (Frs. Vp.): Der Staatssekretär hat in dieser Frage eine ganz andere Auffassung als wir. Ich hätte als Staatssekretär den ganzen Fall als Kellnerinnenklatsch behandelt, wie er es verdiente. In der geplanten Reform der Telephongebühren erblicken auch in meiner Heimat die Kaufleute und Industriellen einen bedauerlichen Rückschritt. Wie steht es mit der Erhaltung der Bezirksfernsprechnetze in den bergischen Landen? Der Abg. Linz hat gestern schon die Befürchtung ausgesprochen, daß sie aufgehoben werden sollen. Dadurch würden die Interessenten aufs schwerste geschädigt werden. Ich wäre dem Staatssekretär dankbar, wenn er uns eine beruhigende Erklärung gäbe. Wenn die höheren Beamten ein akademisches Studium durchmachen sollen, so ist das ein Fortschritt, namentlich in der Richtung, daß sie naturwissenschaftlich mehr durchgebildet werden. Postbeamte und Telegraphenbeamte müßten wohl eine verschiedene Ausbildung erhalten, denn bei den letzteren handelt es sich vorwiegend um eine technische Ausbildung. Es ist nur freudig zu begrüßen, daß sich der Kronprinz entschlossen hat, an der technischen Hochschule Studien zu treiben. Um einen Dualismus zu vermeiden, sollte der Staatssekretär sich dazu entschließen, den jetzigen höheren Beamten Rang und Titel der späteren akademisch gebildeten zu geben. Die Erklärungen des Staatssekretärs über die Wünsche der Postdirektoren waren leider zu allgemein und unbestimmt. Hoffentlich folgen nun aber bald den Worten Taten. Zu einem Mißtrauen gegen die Postdirektoren liegt aus Anlaß des Herantretens der Postdirektoren an Abgeordnete für ihn kein Anlaß vor, die Postdirektoren sind an uns erst herangetreten, nachdem sie monatelang auf eine Audienz gewartet hatten. Die Postdirektoren wollten dem Staatssekretär nur den Rücken stärken gegenüber der Finanzverwaltung. Wir unserseits haben doch auch den lebhaften Wunsch, einmal wiedergewählt zu werden. (Große Heiterkeit rechts. Rufe: Aha!) Im Ernste gesprochen, wir werden uns niemals das Recht nehmen lassen, für das Petitionsrecht der Beamten einzutreten. In Bezug auf die Unterbeamten freue ich mich über die Erklärung des Staatssekretärs, daß die jetzigen gehoben Unterbeamten als geprüfte im Sinne der neuen Verordnung gelten und gegenüber den geprüften keine Nachteile haben sollen. Die Prüfung ist doch nicht das Entscheidende, und auch die mittleren Beamten sollten sich mit der Prüfung nicht brüsten. Absonderung und Zersplitterung liegen nicht im Interesse der Beamten selbst. Die Verwaltung sollte ihrerseits den Vereinigungen der Postbeamten keine Hindernisse in den Weg legen. Ein Koalitionsrecht, das das Streikrecht involviert, wollen auch wir den Beamten nicht zugestehen, daß sie sich aber zu großen Verbänden zusammenschließen, ist ihr gutes Recht. Der Staatssekretär sollte den großen Vereinigungen mit mehr Vertrauen entgegenkommen und den Unterbeamten eine Koalition über das ganze Reich gestatten. Auch nach unserer Meinung muß in einer so großen Verwaltung Disziplin herrschen, daneben bedarf es aber des Vertrauens zwischen Angestellten und Vorgesetzten. Leider scheint das Vertrauen der Beamten zu der Postverwaltung in der letzten Zeit erschüttert zu sein. Möge der Staatssekretär alles tun, um dieses Vertrauen von neuem zu befestigen. (Beifall links.)

Staatssekretär **Kraetke**: Die Frage wegen der bergischen Bezirkstelephonnetze wird gleichzeitig mit der Gebührenfrage geregelt werden. Es liegt nicht in unserer Absicht, die Bezirksnetze dort ganz aufzuheben. Wir werden uns darüber weiter unterhalten können, wenn die Vorlage das Haus beschäftigen wird. Noch ein paar Worte über den Verkehr der Postbeamten mit den Abgeordneten. Ich würde damit auch ganz einverstanden sein, daß die Herren Abgeordneten solche Eingaben von Beamten an die Petitionskommission verweisen. Sie befolgen ja in der Petitionskommission, soviel mir bekannt ist, auch den Grundsatz, daß Sie sich auf solche Petitionen nur einlassen, wenn ein ablehnender Bescheid der Behörde vorliegt. Ich glaube, daß dies auch der richtige Weg ist. Dort bietet sich die Gelegenheit, daß ein Kommissar amtliche Auskunft gibt. Aber wohin sollte es denn führen, wenn der Abgeordnete hier solche Wünsche von Beamten vorträgt? Er nennt keine Namen, ich weiß nicht, wieviel Beamte das sind, der Abgeordnete glaubt aber berechtigt zu sein, zu sagen, die und die Wünsche haben einen Anspruch auf Berücksichtigung. (Zuruf links.) Also die Herren Abgeordneten urteilen hier ohne weiteres und sagen, diese oder jene Wünsche sind berechtigt. Ich kann weiter nichts tun, als Sie auf die Gefahren hinzuweisen, die ein solches Vorgehen hat. Sie machen es dem Chef der Verwaltung unmöglich, mit seinem Personal gut auszukommen, wenn jeder einzelne Abgeordnete, dem irgend ein Beamter etwas zuschickt, sich hier hinstellt und sagt: ich betrachte diese oder jene Beamtenkategorie als benachteiligt; das scheint mir nicht der richtige Weg zu sein. Ich würde es nicht wagen, wenn ich die Ehre hätte, da unten zu sitzen, sofort zu sagen, eine ganze Kategorie von Beamten hat den und den Anspruch. Ich glaube, ein bißchen Sachkenntnis muß doch auch dabei sein. (Heiterkeit.) Sie sagen doch selbst, daß bei der späteren Karriere im Interesse des Verkehrs praktische Kenntnis des Dienstes notwendig sei. Nun aber sagt jeder einzelne von Ihnen wieder: ich beurteile das ganz richtig. Sie haben nun an dieser Stelle einen Beamten, der aus der Karriere selbst hervorgeht, der den Dienst ganz genau kennt, und trotzdem nehmen Sie an, daß das, was er äußert, nicht richtig ist. Was liegt denn für ein Grund dazu vor? Ich bin doch kein bösartiger Mensch, der sich eine Freude daraus macht, andere schlecht zu behandeln. In jedem Menschen steckt ja doch auch eine gewisse Bequemlichkeit. Also warum soll ich denn mir Mühe machen, oder halten Sie es für das größte Vergnügen, daß ich hier nun während der Etatsberatung solchen nicht richtigen Auffassungen immer wieder entgegentrete, und zwar nicht meinetwegen, sondern um Zufriedenheit in der Beamtenschaft zu schaffen? Glauben Sie, daß sehr viel Zufriedenheit sein wird, wenn immer und immer wieder einzelne Handlungen der Behörden von vornherein, ohne sie gehört zu haben, in solcher Weise kritisiert werden? Das führt zu nichts Gutem. Ich halte mich verpflichtet, immer wieder hervorzuheben, die Sache könnte viel besser gehen, wenn solche Sachen an die Petitionskommission kommen und dort gründlich behandelt würden. Dann können Sie auf Grund der amtlichen Auskunft sagen, das und das ist nicht richtig.

Abg. **v. Treuenfels** (dk.): Die Ausführlichkeit einzelner Redner steht im umgekehrten Verhältnis zu der Stärke, in der ihre Fraktionen vertreten sind. (Heiterkeit.) Der Abg. Kopsch hat auf eine schriftliche Zusage eines konservativen Vereins Bezug genommen; wir verurteilen solche schriftlichen, unautorisierten Zusagen von Parteisekretären usw. durchaus; auch mein Freund Dröscher hat das schon getan. Es handelt sich hier auch gar nicht um den Sekretär der gesamten konservativen Partei. Damit erledigt sich der von Herrn Kopsch gegen uns erhobene Vorwurf der Demagogie. In den Ausführungen des Abg. Kopsch lag ein gewisser Zug von Wehmut, als ob wir den Blockbrüdern von links unlauteren Wettbewerb machten. Im Grunde haben wir uns doch sehr lieb (Große Heiterkeit), und von unlauterem Wettbewerbe kann doch keine Rede sein. Gewisse Forderungen, welche Herr Lattmann heute erhob, würden in der Praxis nur den großen Warenhäusern und ähnlichen Einrichtungen zu gute kommen und die Post zwingen, unter dem Selbstkostenpreis zu arbeiten, was wir doch nicht wünschen können. In der Beamtenschaft hat es ein gewisses Mißfallen erzeugt, daß auf die Ausführungen meines Kollegen Dröscher eine minder ausführliche Auskunft gegeben worden ist. Herr Hamecher hat uns vorgeworfen, wir hätten unsere rühmliche Tradition auf dem Gebiete der Sonntagsruhe verlassen. Nein, das haben wir nicht getan. Wir widerstreben der Resolution wegen des früheren Schalterschlusses namentlich mit Rücksicht auf den kleinen Gewerbestand, der nicht in der Lage ist, Personal zu halten. Im Falle Schellenberg können wir dem Staatssekretär und seinem Verhalten nur zustimmen, Dr. Schellenberg hat für den Sozialdemokraten gestimmt und das auch zugegeben. Wenn ein in einem Vertrauensverhältnis zur Behörde stehender Mann einer Partei die Stimme gibt, deren Vertreter Bebel in Dresden sich als Todfeind der bürgerlichen Gesellschaft erklärte, die er stürzen wolle, wenn er könne, so kann von der Fortdauer dieses Vertrauensverhältnisses keine Rede sein. Wie stellt sich Herr Hamecher denn zum Falle Grandinger? Dieser katholische Geistliche, der sich der liberalen Partei angeschlossen hat, ist vom Erzbischof von Bamberg gemaßregelt worden. Wir danken dem Staatssekretär, daß er das Eindringen der Sozialdemokratie in die Beamtenschaft verhindert, und versichern ihm, daß er bei diesem Bestreben stets auf unsere Unterstützung rechnen kann. (Lebhafter Beifall rechts.)

Hierauf schlägt der Präsident Graf zu Stolberg dem Hause vor, sich zu vertagen. Das Haus ist damit einverstanden.

Schluß 5¼ Uhr. Nächste Sitzung Montag 1 Uhr. (Etats der Post- und Telegraphenverwaltung, der Reichsdruckerei und der Reichsjustizverwaltung.)

Handel und Industrie.

* **Reichsbank.** Ueber die Sitzung des Zentralausschusses berichtet der Reichsanzeiger in Ergänzung unserer Mitteilungen noch folgendes: Der Vorsitzende, Präsident des Reichsbankdirektoriums Havenstein bemerkte, daß die Lage der Reichsbank ausweislich der vorgetragenen Wochenübersicht vom 7. d. M. noch immer als recht gespannt bezeichnet werden müsse. Der Metallvorrat stelle sich zwar mit 897 Mill. Mark um 46 Mill. Mark höher als im Vorjahre, aber auch der Notenumlauf übertreffe mit 1411 Mill. Mark die Ziffer des Vorjahres um 49 Mill. Mark. Die Wechsel- und Lombardanlage sei gegen das Vorjahr um 98 Mill. Mark gestiegen; wenn die Gesamtanlage hinter der vorjährigen um 36 Mill. Mark zurückbleibe, so hänge dies lediglich mit dem erheblich geringeren Bestande an Schatzanweisungen zusammen. In der Zeit vom 7. bis 13. d. M. sei die Wechsel- und Lombardanlage allerdings zurückgegangen, aber nur um 21 Mill. Mark, während das Vorjahr für die gleichen Tage einen Rückgang von 36 Mill. Mark aufweise. Angesichts dieser Lage und des wenig befriedigenden Standes der fremden Wechselkurse könne eine Ermäßigung der Bankrate — ungeachtet des um 1³/₄ pCt. niedrigeren Berliner Privatdiskontsatzes — zurzeit noch nicht in Frage kommen. Hierauf wurde die Bilanz und Gewinnberechnung per 1907 verlesen. Ein Deputierter des Zentralausschusses berichtete über die Prüfung der Bilanz auf Grund der Bücher und verlas das entworfene Gutachten. Dieses wurde von allen Mitgliedern des Zentralausschusses vollzogen und dem Reichsbankdirektorium überreicht. Schließlich wurden noch einige Gattungen von Schuldverschreibungen zur Beleihung im Lombardverkehr der Reichsbank zugelassen.

* **Von der Berliner Börse.** Zum Börsenhandel sind zugelassen: 30 000 000 ℳ 4proz. Anleihescheine der Rheinprovinz, Ausgabe 32 (ohne Prospekt). 1 500 000 ℳ Aktien, Serie II. und 1 500 000 ℳ 4½ proz. Obligationen Serie II der Deutschen Eisenbahnbetriebsgesellschaft, A.-G., zu Berlin. 3 250 000 ℳ 5proz. Schuldverschreibungen Serie II der Steaua Romana A.-G. für Petroleum-Industrie in Bukarest.

* **4proz. Anleihe der Freien Hansestadt Bremen vom Jahre 1908.** Die Zeichnung auf diese Anleihe soll einen sehr befriedigenden Erfolg gehabt haben.

* **Preußische Hypotheken-Aktien-Bank.** Die Abschlußzahlen haben wir bereits ausführlich mitgeteilt. Dem jetzt erschienenen Geschäftsbericht ist zu entnehmen: Zwecks Hebung des Pfandbriefabsatzes hätte die Bankleitung sich dazu entschließen müssen, entweder ihre 4proz. Pfandbriefe mit sehr beträchtlichen Disagioverlusten und Vertriebskosten abzugeben, oder aber 4½ proz. Pfandbriefe auszugeben. Der erste Weg empfahl sich schon deshalb nicht, weil sich die Disagioverluste und die Begebungskosten so hoch gestellt hätten, daß der Bank bei der hypothekarischen Anlegung der dadurch gewonnenen Mittel ein entsprechender Nutzen überhaupt nicht geblieben oder günstigenfalls doch erst nach Verlauf einer ganzen Reihe von Jahren hervorgetreten wäre. Auch zu einer Ausgabe 4½ proz. Pfandbriefe konnte sich die Bankleitung nach eingehender Erörterung aller in Betracht kommenden Umstände nicht entschließen. Sie nahm an, daß die Ausgabe höher verzinslicher Pfandbriefe in größeren Mengen eine Beunruhigung des bereits geschwächten Rentenmarktes und eine weitere Entwertung der geringer verzinslichen Rentenpapiere herbeiführen würde, sich auch in der Zukunft für die Bank unangenehm bemerkbar machen könnte. Es erschien der Verwaltung übrigens auch zweifelhaft, ob die allgemeine Geldteuerung noch längere Zeit andauern und ob es deshalb möglich sein würde, in genügender Anzahl völlig einwandsfreie Beleihungen zu einem 4½ pCt. übersteigenden Zinssatz abzuschließen. Die Bank ist im letzten Jahre an 78 Zwangsversteigerungen (68) und 90 Zwangsverwaltungen (65) beteiligt gewesen. Im Verlaufe der 78 Zwangsversteigerungen hat die Bank nur ein in Hannover belegenes, im Jahre 1899 mit 60 000 ℳ beliehenes Grundstück erstehen müssen, das übrigens inzwischen mit einem kleinen Nutzen wieder verkauft worden ist. Von den 90 neu eingeleiteten, gleichfalls nur städtische Grundstücke betreffenden Zwangsverwaltungen sind 70 von der Bank, 20 von anderer Seite beantragt worden. In 43 Fällen erstreckten sich die Zwangsversteigerungen und Zwangsverwaltungen auf dieselben Grundstücke. Ende 1907 waren 283 629 170 ℳ Pfandbriefe (286 832 470 ℳ) im Umlauf, während die Unterlagshypotheken 305 793 411 ℳ (305 651 405 ℳ) betrugen.

* **Frankfurter Hypotheken-Kredit-Verein in Frankfurt am Main.** Der Verlauf des Geschäftsjahres 1907 wird im Rechenschaftsbericht als für die Bank befriedigend bezeichnet. Der Hypothekenbestand hat um 11 501 883 ℳ (22 931 066 ℳ) zugenommen und belief sich Ende 1907 auf 302 909 714 ℳ (291 407 831 ℳ), wovon 302 493 272 ℳ (289 327 563 ℳ) eingetragen sind. Der Pfandbriefumlauf hat sich um 8 989 200 ℳ (24 048 200 ℳ) erhöht und betrug Ende 1907 291 037 600 ℳ (282 048 400 ℳ). Die Deckungshypotheken übertreffen also den Pfandbriefumlauf um 11 455 672 ℳ (7 279 163 ℳ). Die im Jahre 1907 bekannt gewordenen 335 (345) Fälle freihändiger Veräußerung weisen einen Erlös von 27 353 100 ℳ (27 998 470 ℳ) aus, dem eine Gesamtbeleihung der Bank von 16 633 400 ℳ (16 841 100 ℳ) gegenübersteht; dies ergibt 60,81 pCt. (60,15 pCt.) des Erlöses. Die Bank war an 170 (149) Zwangsversteigerungen und 181 (152) Zwangsverwaltungen beteiligt. Hypothekenzinsen brachten 12 803 651 ℳ (12 033 702 ℳ), während Pfandbriefzinsen 11 332 379 ℳ (10 678 435 ℳ) erforderten, so daß sich der Zinsüberschuß auf 1 479 282 ℳ (1 355 267 ℳ) belief. An sonstigen Zinsen wurden 585 248 ℳ (552 032 ℳ) und an Gebühren 240 170 ℳ (205 005 ℳ) vereinnahmt. Nach Abzug der Unkosten und der 114 288 ℳ (46 789 ℳ) betragenden Abschreibungen an deutsche Staatspapiere verblieb ein Reingewinn von 2 061 101 ℳ (1 975 743 ℳ), wovon der Pfandbriefaufgeldrechnung 355 164 ℳ (300 000 ℳ) überwiesen, wieder 8 pCt. Dividende verteilt und 273 709 ℳ (260 296 ℳ) vorgetragen werden.

* **Rheinisch-Westfälische Diskontogesellschaft Akt.-Ges. in Aachen.** Der Jahresbericht konstatiert eine Erhöhung des Zinserträgnisses infolge des erhöhten Diskontosatzes, jedoch infolge des teuren Geldes eine Verminderung der Umsätze in Wertpapieren. Es beträgt der Gewinn an Zinsen, einschließlich der Beteiligung bei anderen Banken, 7 237 902 ℳ (5 406 074 ℳ), an Provisionen 2 499 533 ℳ, an Wertpapieren und Gemeinschaftsgeschäften 226 333 ℳ (918 413 ℳ) Einschließlich von 82 824 ℳ (82 244 ℳ) Vortrag ergibt sich ein Gesamtgewinn von 10 046 593 ℳ (8 950 254 ℳ). Davon gehen ab Verwaltungskosten mit 1 693 187 ℳ (1 534 158 ℳ), Steuern 346 580 ℳ (319 954 ℳ), Abschreibungen auf Immobilien 141 309 ℳ (101 433 ℳ), Abschreibungen auf Debitoren 509 181 ℳ (268 415 ℳ), so daß 7 356 335 ℳ (6 726 293 ℳ) Reingewinn verbleiben. Folgende Verteilung wird vorgeschlagen: 29 380 ℳ (29 939 ℳ) dem Beamtenfonds, wieder 8 pCt. Dividende auf 71 788 000 ℳ (65 700 000 ℳ) vollberechtigte Aktien und 4 pCt. Dividende auf 8 212 000 ℳ zur Hälfte dividendenberechtigte Aktien gleich 6 071 502 ℳ (5 256 000 ℳ), 102 054 ℳ (82 244 ℳ) Vortrag auf neue Rechnung. Der Gesamtumsatz stellte sich auf 4 137 112 170 ℳ (3 636 533 379 ℳ) Die Erträgnisse der Banken, an denen die Rheinisch-Westfälische Diskontogesellschaft beteiligt ist, waren durchaus zufriedenstellend. (Wir verweisen auf den Inseratenteil, der die Einladung zur Generalversammlung enthält.)

* **Essener Bankverein.** Nach der Bilanz erbrachten Zinsen 1 303 693 ℳ (841 092 ℳ), Provisionen 573 874 ℳ (498 818 ℳ) und Effekten- und Kuxengeschäfte 82 996 ℳ (240 286 ℳ). Die Unkosten belaufen sich auf 239 755 ℳ (191 679 ℳ), zu denen für Steuern noch 105 267 ℳ (77 535 ℳ) kommen. Der Reingewinn beträgt 1 927 552 ℳ (1 573 707 ℳ). Hiervon sind vorweg 100 000 Mark in Kontokorrent-Reserve gestellt worden. Auf das erhöhte Aktienkapital sollen wieder 7 pCt. Dividende verteilt werden. Der Reservefonds erhält 57 563 ℳ, der Reservefonds II 150 000 ℳ Auf das Bankgebäude werden 60 533 ℳ (32 705 ℳ) abgeschrieben. Als Vortrag auf neue Rechnung verbleiben 346 633 ℳ (321 909 ℳ).

* **Hypothekenbank in Hamburg.** Wir verweisen auf die im Inseratenteil befindliche Bilanz, indem wir bemerken, daß wir über den Abschluß in Nr. 10 unseres Blattes vom 12. Januar ausführlich berichtet haben. Bekanntlich werden 9 pCt. Dividende verteilt, nachdem eine lange Reihe von Jahren 8 pCt. ausgeschüttet worden waren.

* **Vom Kalisyndikat.** Das Syndikat hat an die Mitglieder des holländischen Händlerkonsortiums und an das Zentralbureau folgendes Schreiben gerichtet: Ein gewisser Forest, früher in England, jetzt in Brüssel wohnhaft, der sich als Représentant de Kaliwerk près de Stassfurt bezeichnet, macht in Belgien und Holland Offerten in Kainit oder Düngesalz. Das betreffende Werk, das, nebenbei bemerkt, weit von Staßfurt entfernt liegt, ist ein reines Karnallitwerk und verfügt weder über Kainit noch über Hartsalze. Wir haben einen Waggon, der vor einigen Tagen in Belgien eingetroffen ist, bemustern und die Ware analysieren lassen. Die Analyse ist folgende: 11,5 pCt. Kali, 17,4 pCt. Chlor, während die Chlorgrenze für Kainit beziehungsweise Hartsalz 6 pCt. ist. Wir warnen unsere Abnehmer vor dieser Ware. Selbstverständlich werden wir denjenigen Düngehändlern, welche dieselbe beziehen, unsere Ware nicht mehr liefern.

* **Otavi Minen- und Eisenbahngesellschaft.** Seit [...] dieses Jahres sind infolge besserer Arbeiterverhältnisse die Auf[...] arbeiten in der Tsumeb Grube günstiger fortgeschritten als w[...] der letzten Monate des verflossenen Jahres, so daß auch die A[...] im Tagebau wieder begonnen werden konnten. Der Haupt[...] querschlag zwischen der dritten (70 Meter) Sohle und dem [...] förderschacht, welcher von der zweiten (50 Meter) Sohle bis zu [...] abgeteuft wird, wurde mit einer Länge von 60 Meter fertigg[...] Im Osterzkörper wurde die dritte Strecke bis 72 Meter ausg[...] und der vierte Querschlag mit 19 Meter und der fünfte Querschla[...] 15 Meter Länge zu Ende geführt. Der Erzkörper zeigte im [...] Querschlag eine Mächtigkeit von 21 Metern mit teilweise [...] sulfidischen Erzen. Im Januar wurden rund 2500 Tonnen Er[...] aus dem Tagebau 803 Kubikmeter gefördert. Seit Ende De[...] kamen zur Verschiffung 3500 Tonnen hochprozentiger Erze [...] Hüttenprodukte.

* **Essener Bergwerksverein König Wilhelm.** Der [...]sichtsrat beschloß, nach 1 022 878 ℳ (1 010 230 ℳ) Abschreib[...] wieder 20 pCt. Dividende auf die Stammaktien und wieder 25 [...] Dividende auf die Vorzugsaktien in Vorschlag zu bringen.

* **Königsborn, A.-G. für Bergbau, Salinen- und [...]badbetrieb.** Der Aufsichtsrat setzte die Abschreibungen [...] 1 500 000 ℳ (1 000 000 ℳ) fest. Danach verbleibt ein verfüg[...] Gewinn von 2 530 569 ℳ (1 852 395 ℳ) und wird folgende [...]teilung dieses Gewinnes vorgeschlagen werden: 16 pCt. (12 [...]) Dividende, Einlage in den Dispositionsfonds 300 000 ℳ (200 00[...]) Vortrag auf neue Rechnung 312 790 ℳ (212 781 ℳ)

* **Schottischer Roheisenmarkt.** Die Vorräte von Ro[...] in den Glasgower Stores belaufen sich auf 1127 Tons, [...] 5024 Tons im vorigen Jahre. Die Zahl der im Betrieb[...]findlichen Hochöfen beträgt 73 gegen 91 im vorigen Jahre.

* **Stahlwerksverband, A.-G.** Der Versand des Stahlw[...]verbandes in Produkten A im Januar betrug 383 056 To. (Roh[...]gewicht) gegen 359 515 To. im Dezember v. J. und 489 571 To. im Ja[...] 1907. Von dem Januarversand entfallen auf Halbzeug 101 460 [...] (81 706 To. im Dezember v. J. und 154 815 To. im Januar 1[...]) auf Formeisen 67 039 To. (58 279 To. resp. 146 370 To.) un[...] Eisenbahnmaterial 214 557 To. (219 530 To. resp. 188 386 [...]) Der Versand in Formeisen stellte sich rund 9000 To., der in [...]zeug rund 20 000 To. höher als im Dezember v. J., während d[...] Eisenbahnmaterial um 5000 To. zurückblieb. Hierbei ist zu be[...]sichtigen, daß der Versand durch das Stilliegen der Rheinschiff[...] während beinahe des ganzen Monats eine Einbuße erlitt.

* **Mecklenburgische Kalisalzwerke Jessenitz.** Der Vor[...] bemerkt in seinem Geschäftsbericht: Durch Hinzutritt von sechs [...] Werken zum Syndikat ist die Beteiligung der Gesellschaft [...] 23,44 Tausendstel (ohne Heldburg) auf 21,41 Tausendstel [...]gegangen. Der Absatz hat betragen: in Rohsalzen 51 647,74 D.[...] Reinkali, in Fabrikaten 71 493,50 D.-Ztr. Reinkali, zusam[...] 123 141,24 D.-Ztr. Reinkali (+ 3930,05 D.-Ztr.); außerdem [...] Blockkieserit 9909,4 D.-Ztr. (+ 6556,5 D.-Ztr.). Vereinna[...] wurden für Rohsalze 600 073 ℳ (+ 78 797 ℳ), für Fabr[...] 2 123 695 ℳ (— 131 086 ℳ). Die Abschreibungen betr[...] 390 381 ℳ (376 905 ℳ plus 63 635 ℳ Extraabschreibung [...] 27 Assekuxe). Mit der mecklenburgischen Gewerkschaft Friedrich F[...] in Lübtheen wurde ein Vertrag zur Förderung der beiderseitigen [...]triebs- und Geschäftsinteressen geschlossen. Der Ueberschuß be[...] 914 639 ℳ (938 970 ℳ). Nach Abzug der Abschreibungen [...] 390 381 ℳ (440 541 ℳ) verbleiben 524 258 ℳ (498 429 ℳ) [...]gewinn, woraus wieder 8 pCt. Dividende verteilt und 45 38[...] (27 781 ℳ) vorgetragen werden.

* **Berliner Verlagsbuchdruckerei A.-G.** Die durch [...] Friedberg-Affäre bekannt gewordene Gesellschaft beruft eine Gen[...]versammlung mit der Tagesordnung: Abberufung von 2 Mitglie[...] des Aufsichtsrats, Wahl neuer Aufsichtsratsmitglieder, Anzeige [...] § 240 des Handelsgesetzbuchs, Ermächtigung zu Vergleichsverh[...]lungen mit der Vertretung des Bankhauses Siegmund Friedberg.

* **Allgemeine Straßenbaugesellschaft und Kunststeinw[...] vormals Paul Schuffelhauer A.-G.** Die Gesellschaft teilt [...] daß die im vorigen Jahre beschlossene Erhöhung des Aktienkap[...] durch Ausgabe von Vorzugsaktien gescheitert ist. Ein dringe[...] Geldbedarf bestehe zurzeit nicht, so daß die Gesellschaft trotz [...] Scheiterns der Kapitalserhöhung weiter bestehen kann.

* **Dresdner Baugesellschaft.** Die Gesellschaft erzielte [...] Reingewinn von 399 262 ℳ (648 612 ℳ). Der Aufsichtsrat sc[...] 5 pCt. Dividende (7 pCt) vor. Auf neue Rechnung we[...] 93 359 ℳ (196 703 ℳ) vorgetragen.

* **Sächsische Kartonnagen-Maschinen-Akt.-Ges. in Dres[...]** Nach dem Rechenschaftsbericht waren im verflossenen Geschäftsj[...] die Rohmaterialienpreise sehr hohe; erst in den letzten Monaten [...] eine Abschwächung ein. Die Fabrikatpreise konnten nur in [...]schränktem Maße aufgebessert werden. Die Remus Company Lim[...] in London erbrachte [...] keine Dividende. Zurzeit ist das U[...]nehmen in allen [...] Abteilungen flott beschäftigt. Nach 95 72[...] (78 441 ℳ) Absch[...] und zuzüglich 57 760 ℳ Gewinn au[...] Sächsischen Autom[...] und Türschließer-Akt.-Ges. verbleibt ein [...]winn von 178 288 ℳ (145 529 ℳ), woraus wieder 10 pCt. Divid[...] verteilt und 8802 ℳ (6945 ℳ) vorgetragen werden. Im neuen J[...] ist das Unternehmen flott beschäftigt.

* **Dividenden.** Folgende Dividenden werden vorgeschla[...] Aachener Kleinbahn-Gesellschaft wieder 7 pCt. — Essener Steinkoh[...]bergwerk wieder 10 pCt. — Kammgarnspinnerei Schaefer u [...] A.-G. Harthau 15 pCt. (10 pCt.) — Ostdeutsche Maschinenfa[...] vorm. Rud. Wermke A.-G. wieder 9 pCt.

* **Zahlungsverlegenheiten.** In der Gläubigerversamml[...] der insolventen Bankfirma Alfred Neumann wurde der Status [...]gelegt. Nach demselben stehen den Passiven von 1 066 627 [...] Aktiven von 290 854 ℳ gegenüber. Die bevorrechtigten Forderu[...] stellen sich auf schätzungsweise 19 703 ℳ, so daß in der Masse [...]bleiben 271 151 ℳ oder 25½ pCt. der Forderungen. Dazu bem[...] der Vertreter der Treuhandgesellschaft, daß nach Aufstellung [...] Status noch eine Forderung von 77 000 ℳ angemeldet worden [...] deren Berechtigung aber noch nachgeprüft werden müsse. D[...] Betrag würde eventuell den Prozentsatz noch um ungefähr 2 [...] verschlechtern. Ferner betonte die Treuhandgesellschaft, daß es [...] Interesse der Gläubiger liegen dürfte, wenn auf Grundlage des [...]liegenden Status ein Vergleich zu stande gebracht werden könne. [...] wurde ein Antrag angenommen, einen dreigliedrigen Gläub[...]ausschuß zu wählen, um gemeinsam mit der Treuhandgesellsc[...] Schritte für eine möglichst vorteilhafte Verwertung der Masse [...] unternehmen. — Bei der wiederholten Versteigerung [...] Konkurs Achenbach u. Weber in Schladern zeigte sich [...] Interesse für die Einrichtung, doch wurden die Angebote hierfür [...] angenommen. Für ein Gebot von 138 000 ℳ auf das ganze A[...] ist die Genehmigung vorläufig ausgesetzt worden.

Konkurse.

Auswärtige: Installateur Andreas Karl Richard M[...] Apenrade. — Bergische Likörfabrik und Weinhandlung, G[...] b. H., Barmen. — Kaufmann Wilhelm Glänzer, Bünde. [...] Chemiker Friedrich Weller, Frohburg. — Kaufmann Gustav He[...] Gottesberg. — Kaufmann Karl Wilhelm Schröder, Hagen. [...] Offene Handelsgesellschaft Maecker u. Albeck, Import u. Ex[...] Hamburg. — Kaufmann Theodor Homann, Pelkum. — M[...]fabrikant Alfred Haase, Ilmenau. — Kaufmann Karl Casta[...] Kiel. — Kolonialwarenhändler Karl Stopp, Königsberg. — O[...] Handelsgesellschaft Wilh. Bischoff, Magdeburg. — Kaufmann [...] Berndroth, Mainz. — Frau Emilie Roffoll, Sargmagazin, Ma[...]burg. — Klempnermeister Ernst Alexander Dietzsch, Meerane [...] Kaufmann Friedrich Kuhr, Mewe. — Krämer Richard Ja[...] Wirschkowitz. — Schneidermeister Oskar Hartmann, Mühlha[...] i. Th. — Restaurateur Wilhelm Schmelzpfennig, Münster. [...] Zimmermeister Johann Maul, Nürnberg. — Ziegeleibesitzer [...] Laue, Obornik. — Kaufmann Karl Pliszka, Mensguth. — [...]unternehmer Paul Hugo Buschner, Plauen. — Kaufmann [...] Splettstößer, Prenzlau. — Wilhelm Döblin, Rathenow. — [...] Weyers, Rheydt. — Firma Mathilde Russow, Rostock. — [...]unternehmer August Müller, Saalfeld. — Nachlaß des Kaufm[...] Hugo Erbe, Schmalkalden. — Kaufmann Georg Herzog, Stettin[...] Bäckermeister Gustav Flemming, Dörverden. — Spezereihä[...] Wilhelm Joas, Oberbexbach. — Papierfabrik Wimpfen, [...] Link, Wimpfen.

Kräftigungsmitte[l]
für Kinder und Rekonvaleszenten,
sowie bei Husten, Heiserkeit usw.
Schering's Malzextrakt Fl. 0,75 u. 1,50 [...]
bei 6 u. 12 Fl. Ermäßigung. Für Berlin freie Zusen[dung]
Schering's Grüne Apotheke, Berlin [...] Chausseestr. [...]